

Klaus J. Bade (Hrsg.): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter  
Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung  
in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts

## Erzwungene Rotation

Von Jens Flemming

**D**as Deutsche Reich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: eine mit Siebenmeilenstiefeln voranstürmende Gesellschaft katapultiert sich auf die vorderen Ränge der Wirtschaftsnationen. In einer unglaublich kurzen Zeitspanne wandelt sich ein Agrar- zum Industrievolk. Tradition und Fortschritt prallen aufeinander, vorindustrielle Behändigkeit weicht kapitalistischer Dynamik und rastlosem Erwerbsstreben.

Land und Leute werden von Grund auf umgekrempelt. Die Städte platzen aus den Nähten, aus Dörfern werden wuchernde Industriegemeinden. Ganze Landstriche geraten in Bewegung. Alleinstehende und Familien sind mit Sack und Pack unterwegs, immer auf der Suche nach Arbeit und auskömmlicher Existenz.

Deutschland gleicht einem wimmelnden, aufgeschreckten Ameisenhaufen. Die Bevölkerung wächst rapide an. 1816 zählt man 25 Millionen, 1871 sind es 41 und 1913 bereits 67 Millionen. Da dieser Druck zunächst nicht aufgefangen werden kann, wandern die Leute aus, bevorzugtes Ziel ist Amerika. Während des gesamten 19. Jahrhunderts sind es ungefähr fünf Millionen, zwischen 1881 und 1890, einer Periode konjunktureller Talfahrt, allein 1,3 Millionen.

Mit der Überwindung der Krise seit Mitte der 1890er Jahre versiegt dieser Strom zwar nicht völlig, aber er fächert sich auf und fließt nach Sachsen, Berlin, ins Ruhrgebiet, in die gewerblichen Ballungs- und Verdichtungsräume. Der große Treck vom Land in die Städte, vom agrarischen Osten in den industriell entwickelten Westen zieht eine breite Spur.

Die Zeitgenossen sprechen abschätzig von „Landflucht“. Hamborn etwa, in der Nähe von Duisburg, hat 1895 neuntausend Einwohner, zwanzig Jahre später schon 120 000, darunter einen hohen Prozentsatz von Bürgern polnischer Nationalität aus den preußischen Ostprovinzen. Da Industrie und Landwirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr aus dem heimischen Reservoir decken können, werden Ausländer angeheuert, aus Galizien vor allem und Russisch-Polen. Aus einem Land, das seinen Bevölkerungsüberschuß exportiert, wird ein Land, das Gastarbeiter importiert. Die

Zahl derer, die ihren Unterhalt im Reich verdienen, wächst, doch bleiben die Neuankömmlinge nur während der Saison, als Wanderarbeiter. Sie sind Erwerbstätige mit minderem Status, unterliegen behördlichen Kontrollen und müssen die sogenannte „Karenzzeit“ beachten, das heißt, sie werden in einer Art Rotationsverfahren gezwungen, den Winter über wieder in ihre Wohnorte jenseits der Grenzen zurückzukehren. Die Deutschen lassen sie arbeiten, verweigern ihnen jedoch Gleichberechtigung und Ansiedlung.

Ein knappes Jahrhundert später: Die Geschichte scheint sich zu wiederholen, aber sie wiederholt sich nicht buchstabengetreu. Die Bundesrepublik ist wie ihre verschiedenen Rechtsvorgänger kein Auswanderungsland mehr, aber nach ihrem Selbstverständnis auch kein Einwanderungsland, jedenfalls kein klassisches wie die USA, Kanada oder Australien. Und doch leben hier rund viereinhalb Millionen Ausländer, davon gut zwei Millionen erwerbstätig. Einst im Boom der Nachkriegsära als „Gastarbeiter“ umworben, werden sie im Zeichen struktureller Massenarbeitslosigkeit eher mißmutig geduldet.

Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit beginnen sich wieder ungeniert zu regen. Könnte man so, wie viele denken, und gäbe es nicht das Sozialstaatsgebot der Verfassung, die tarif- und sozialrechtliche Gleichstellung mit den deutschen Kollegen und Kolleginnen, gäbe es nicht Freizügigkeit, Europäische Gemeinschaft und Menschenrechtskonvention: man würde die längst als lästig empfundene Konkurrenz lieber heute als morgen abschieben.

Seit dem Ölpreisschock von 1973/74 trägt die bundesdeutsche Ausländerpolitik zunehmend restriktive, hier und da diskriminierende Züge. Konsens herrscht darüber, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist und keins werden soll. Was mit den oft seit Jahren faktisch in einer Einwanderungs-Situation lebenden „ausländischen Mitbürgern“, die freilich keine Bürger sind, geschehen soll, läßt diese Formel jedoch offen.

Wie die Folgekosten bewältigt werden sollen, ist Gegenstand einer verzweigten Debatte. Soviel wenigstens scheint unter



Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Gast- und Wanderarbeiter hat in Deutschland eine jahrhundertealte Tradition: Werden Arbeitsplätze rar, schiebt man die einst umworbenen Ausländer wieder ab. Ein Türke verläßt Duisburg-Hüttenheim  
Foto: Henning Christoph

Experten klar zu sein: Gefragt sind nicht Einzelmaßnahmen und Stückwerk, die das Provisorium mühsam fortschleppen, gefragt ist vielmehr eine Gesamtkonzeption in Gesetzesform, die sich an den mittlerweile gewachsenen sozialen Realitäten, an den ökonomischen Möglichkeiten und den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert.

Dies verlangt nicht nur die Einsicht der in Bund, Ländern und Kommunen Verantwortlichen, sondern auch den Sachverstand der Wissenschaftler. Was sie an Argumentationshilfen und Perspektiven beizusteuern vermögen, zeigt eine dickleibige Sammlung von Aufsätzen und Studien, die unlängst unter der Leitung des Osnabrücker Historikers Klaus J. Bade auf einer Tagung an der Akademie für politische Bildung in Tutzing diskutiert worden ist. Sie bilanzieren, beziehen Position, wägen ab und bieten Lösungsmöglichkeiten: für alle, die an der historischen wie der aktuellen Dimension der Ausländerpolitik interessiert sind, eine wahre Fundgrube von Informationen und Denkanstößen.

Verteilt auf sechs Sektionen, beackern die Beiträge ein bemerkenswert breites und vielschichtiges Themenfeld. Der Bogen, den sie spannen, reicht vom Auswanderungsland des 19. Jahrhunderts bis zum De-facto-Einwanderungsland der Gegenwart. Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung und Strukturen des Arbeitsmarktes werden beschrieben, ebenso die massenhafte Auswanderung in die USA und die Rolle, die deutsche Immigranten dort gespielt haben. Weitere Themen sind die nationalen Minderheiten vor 1945, die preußisch-polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet, die Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, die Zwangs- und Fremdarbeiter während der beiden Weltkriege. Und nicht zuletzt geht es um Belange der Bundesrepublik, um wirtschaftliche, soziale, juristische und politisch-moralische Aspekte der Ausländerbeschäftigung und die Notwendigkeit, dem in langen Jahren des Dahinwuschelns aufgestauten Problemdruck mit Geduld, Kompetenz und angemessenen Strategien zu begegnen.

Ein in zwei, drei Sätze zusammengepreßtes Fazit wird der Komplexität der hier geleisteten Forschungen nicht gerecht. Für ihren „Gebrauchswert“, soweit sie der Vergangenheit gewidmet sind, mag am Ende eine Bemerkung von Christoph Kleßmann stehen. Er gibt auf die Frage nach dem Nutzen der Historie eine Antwort, die über den speziellen Fall hinausweist: „In einem sehr allgemeinen Sinne kann – und sollte – die Beschäftigung mit der Geschichte von Minderheiten in Deutschland für den Umgang mit „Fremden“ im eigenen Land sensibilisieren. Berlin wäre ohne seine französischen, jüdischen und polnischen Minderheiten ebensowenig denkbar wie das Ruhrgebiet ohne Polen, Holländer und Italiener. Bewußt gemachte Tradition von Minderheiten im eigenen Lande kann zumindest dämpfend auf Fremdenhaß und Abwehriängste wirken. Das historische Beispiel kann dank der zeitlichen Distanz den Blick für aktuelle Probleme schärfen, die Unvermeidbarkeit von Konflikten verdeutlichen, aber auch Lösungsansätze aufzeigen, wenn man bereit ist, in längeren Zeiträumen zu denken und nicht von heute auf morgen nach schnell wirkenden Rezepten verlangt.“

**Klaus J. Bade (Hrsg.): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Scripta Mercaturae Verlag, Ostfildern. 2 Bd., 822 Seiten, 78 DM**